

Dossier ·

🕒 Lesezeit: 23 Min.

Bastian Berbner, Alice Bota, Simone Brunner, Hauke Friederichs, Jörg Lau, Michael Thumann

# Verhandeln?

Wenn der Krieg zwischen Russland und der Ukraine enden soll, müssen die Feinde miteinander reden. Die Frage ist nur, wann und wie. Von Bastian Berbner, Alice Bota, Simone Brunner, Hauke Friederichs, Jörg Lau und Michael Thumann

Die militärische Stärke des Feindes schien in diesen ersten Wochen des Kampfs übermächtig zu sein, in der Luft wie am Boden. So desaströs war die Lage für die eigenen Truppen, dass sich der Regierungschef gezwungen sah, über eine Frage nachzudenken, die ihn mit Schrecken erfüllte: Sollte er mit seinem Feind verhandeln?

Der Regierungschef trat vor das Parlament und teilte dem Volk und dessen Repräsentanten seine Entscheidung mit: Nein, man werde nicht verhandeln. Man werde weiterkämpfen, zur Not so lange, »bis jeder einzelne von uns an seinem Blut erstickt am Boden liegt«. Einige Tage später, wieder im Parlament: »Wir werden bis zum Ende gehen. Wir werden auf den Ozeanen kämpfen. Wir werden in der Luft kämpfen. Wir werden uns verteidigen, was immer es kosten mag. Wir werden an den Stränden kämpfen, wir werden auf den Feldern und auf den Straßen kämpfen, wir werden in den Hügeln kämpfen. Wir werden uns niemals ergeben.«

Dieser Regierungschef war Winston Churchill, und sein Feind war Adolf Hitler. Es war der Frühsommer 1940. Englische Truppen standen in Frankreich. Die Deutschen hatten sie dort mit ihrer überraschenden Offensive in Westeuropa an den Rand der Vernichtung gebracht.

Heute gelten Churchills Reden aus jener Zeit als Sternstunden. Noch immer wird er gefeiert für seinen Mut und seine Entschlossenheit im Angesicht des Untergangs.

82 Jahre danach, Anfang März 2022, werden diese Worte wieder ausgesprochen, wieder vor dem britischen Parlament. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ist zugeschaltet aus Kiew. »Wir werden bis ans Ende gehen. Wir werden auf dem Wasser kämpfen und in der Luft. Wir werden unsere Heimat beschützen, was immer es kosten mag!«, ruft Selenskyj den Abgeordneten zu, Churchill fast wörtlich zitierend.

Zu diesem Zeitpunkt ist es zwei Wochen her, dass Wladimir Putins Armee die Ukraine überfallen und weite Teile des Nordens, Ostens und Südens besetzt hat. Das Land kämpft um sein Überleben. »Wir werden in den Wäldern kämpfen, in den Feldern, in den Straßen und an den Ufern unserer Flüsse. Wir werden uns nicht ergeben«, endet Selenskyj und bekommt kräftigen Applaus.

Churchill und Selenskyj. Zwei Staatsmänner mit dem Rücken zur Wand. Zwei Demokraten, die sich jeweils einem militärisch scheinbar hochüberlegenen Aggressor gegenübersehen. Zwei Politiker, die im Moment ihrer schwersten Herausforderung dieselbe Antwort geben.

Der eine hat von der Geschichte recht bekommen. Die Nazis verloren den Krieg, Großbritannien gehörte zu den Gewinnern, Winston Churchill wurde zur Ikone. Und der andere? Die von Wolodymyr Selenskyj angeführte Ukraine ist nicht zusammengebrochen, gegen alle Erwartungen. Was zunächst nach einer verzweifelten Beschwörung klang, erscheint nun möglich. Dass die Ukrainer sich nicht ergeben müssen. Dass sie tatsächlich ihre Heimat beschützen können. Selenskyj bleibt dabei: Mit diesem Feind gibt es nichts zu reden. Im Oktober erließ er sogar

ein Dekret, das es verbietet, mit Wladimir Putin in wie auch immer geartete Verhandlungen zu treten.

Ist solch eine Strategie klug?

Das renommierte schwedische Friedensforschungsinstitut UCDFP hat eine Zahl ermittelt: 30 Prozent. So niedrig ist demnach der Anteil der Kriege zwischen Staaten seit 1946, die damit endeten, dass es einen eindeutigen Sieger und einen eindeutigen Verlierer gab: Die einen triumphieren, die anderen kapitulieren. Der Zweite Weltkrieg ist ein Beispiel für einen solchen Krieg. Umgekehrt gilt laut der Datenbank der Forscher: 70 Prozent der Kriege zwischen Staaten enden nicht mit einer klaren Trennung in Sieger und Verlierer. Sie enden entweder gar nicht, 28 Prozent. Oder sie enden, 42 Prozent, durch Verhandlungen – dann bekommt in der Regel keine Seite alles, was sie wollte. Dann müssen beide Seiten Zugeständnisse machen.

Niemand weiß, wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgehen wird. Aber die meisten Experten sind sich einig: anders als der Zweite Weltkrieg. Es werden höchstwahrscheinlich keine russischen Panzer durch Kiew rollen – und ganz sicher keine ukrainischen durch Moskau.

Soll der Krieg enden, bleiben letztlich nur: Verhandlungen. Hört man sich dazu in Kiew und Moskau um, dann hat man zunächst einmal wenig Grund zur Hoffnung.

In Kiew gilt Mychajlo Podoljak als Selenskyjs wichtigster politischer Berater in der Verhandlungsfrage. Im November, kurz bevor die Ukraine die Stadt Cherson im Süden zurückeroberte, sagte er gegenüber der ZEIT: »Mir gefällt das überhaupt nicht, wenn unter dem Schlagwort ›Diplomatie‹ versucht wird, die Ukraine zu erniedrigen. Worüber sollen wir verhandeln? Wir wollen diesen Krieg ge-

winnen. Dazu gibt es keine Alternative.«

Ende vergangener Woche klingt Podoljak nicht viel anders. »Wer jetzt von Verhandlungen spricht, sagt zur Ukraine: Gesteht eure Niederlage ein, kapituliert vor Russland – und gebt Putin endlich, was er will!«

Wenn Podoljak so redet, kann er sich auf die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger in der Ukraine berufen. Laut aktuellen Umfragen lehnen 87 Prozent von ihnen territoriale Zugeständnisse ab – und fordern die Rückeroberung aller besetzten Gebiete. Russland hat es trotz Abertausender Soldaten, die an der Front in den Tod geschickt wurden, in diesem Winter nicht geschafft, die Ukraine entscheidend zu schwächen. Nun soll sich das Blatt wenden. Die ganze Ukraine wartet auf die angekündigte Frühjahrsoffensive.

In Moskau treffen sich Ende März Vertreter des Außenministeriums und Berater der Regierung im Haus des Waldai-Diskussionsclubs gegenüber dem alten Bau des Staatszirkus. Auf Waldai-Konferenzen treten traditionell hochrangige russische Politiker auf; zuletzt auch einmal im Jahr Wladimir Putin. Diesmal ist der stellvertretende Außenminister da. Sergej Rjabkow sitzt neben drei Regierungsberatern und Wissenschaftlern in einem weißen Sessel auf der Bühne.

Rjabkow redet nicht über die Ukraine, er redet über den »Westen«. Nicht der Präsident des Nachbarlandes, so klingt es bei ihm, ist der wahre Gegner, sondern der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. In leicht beleidigtem Ton erklärt Rjabkow, warum Russland einige Tage zuvor den New-Start-Vertrag über die Begrenzung strategischer Nuklearrüstung ausgesetzt hat. Russland habe dem von den USA dominierten Westen Angebote gemacht, der Westen aber habe Russland betrogen und ausgenutzt. Es gebe nichts mehr zu bereden und »nichts zu verhandeln«. Dafür sei es jetzt zu spät.

Der Krieg gegen die Ukraine als Teil eines viel größeren Krieges gegen einen viel größeren Feind – das ist gerade die offizielle russische Linie. Verhandlungen mit Wolodymyr Selenskyj wären demnach so sinnlos wie im Puppentheater eine Diskussion mit einer der Marionetten.

Nach der Konferenz steht Dmitri Trenin, gerade noch neben dem stellvertretenden Außenminister auf der Bühne, bei einem Tee in der Cafeteria. Trenin ist Mitglied im Russischen Rat für Außen- und Sicherheitspolitik, einer Denkfabrik, die die Regierung berät. Fragt man ihn nach der Ukraine, sagt er, es gehe Putin darum, sie »in einen Staat zu verwandeln, der Russland nicht feindlich gegenübersteht«. Putin habe keine Wahl. »Russland muss seine Ziele erreichen. Nur dann hat es eine Chance, weiter zu existieren.« Sieg oder Untergang.

Die Ukraine und Russland. Eine Demokratie und eine Diktatur. Der eine der Angegriffene, der andere der Angreifer. Doch wenn es um Verhandlungen geht, sind sie sich einig: geschlossene Ablehnung. Zumindest nach außen hin.

Diplomatie funktioniert nicht in der Öffentlichkeit. Das sagt einer, der es wissen muss, weil er in vielen internationalen Krisen im Hintergrund vermittelt hat, auch nach 2014 in der Ukraine. Niemand darf sie wahrnehmen, während sie geschieht. Sie kann nur im Stillen erfolgreich sein. Besonders zu Beginn, in der heiklen Phase der Anbahnung. Man kann Verhandlungen offiziell brüsk ablehnen und sie gleichzeitig in Erwägung ziehen.

Winston Churchill wirkte in jener Zeit im Frühsommer 1940 wie ein Fels. In Wahrheit hatte er einige Tage lang intensiv darüber nachgedacht, ob er mit Hitler ins Gespräch treten sollte. Das ist heute bekannt, weil die Protokolle seines Kriegskabinetts öffentlich zugänglich sind.

Während seine Truppen in Nordfrankreich eingekesselt waren, beriet sich Chur-

chill mehrmals täglich mit seinen vier wichtigsten Ministern. Einer davon, Außenminister Lord Halifax, drängte Churchill am Morgen des 26. Mai dazu, indirekte Verhandlungen mit Hitler auszuloten. Der Außenminister sagte: »Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass es jetzt nicht mehr darum geht, Deutschland komplett zu besiegen. Sondern darum, die Unabhängigkeit unseres Empires zu sichern.« Er hatte sogar schon diskret bei Mussolini in Italien nachfragen lassen, ob der als Mediator bereitstünde.

Churchill war eigentlich dagegen, er vertrat eine harte Linie gegenüber Hitler. Doch am Nachmittag desselben Tages sagte er, er wäre »dankbar, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen, solange wir das Wesentliche unserer Stärke behalten – auch wenn es einiges an Territorium kostet«. Welches Territorium Churchill genau meinte, ist unklar. Einen Tag später, nach hitzigen Debatten, gibt das Protokoll eine Aussage Churchills so wieder: »Wenn er erfahre, welche Bedingungen die Gegenseite anbieten würde, wäre er bereit, Friedensverhandlungen zu erwägen.«

Nach außen drang damals nichts davon. Wenig ist schlimmer in einer existenziellen Bedrohungslage, das wird Churchill gewusst haben, als der Anschein eines mit sich ringenden, ängstlichen Anführers.

Ist es jetzt in der Ukraine genauso? Werden im engsten Kreis Selenskyjs, entgegen dem Bild, das die Öffentlichkeit zu sehen bekommt, Verhandlungen erwogen?

Anfang April gab der ukrainische Politiker Andrij Sybiha der britischen Zeitung Financial Times ein Interview. Er sagte, Kiew sei bereit, mit Moskau über die Zukunft der Krim zu sprechen, wenn die ukrainischen Truppen die Grenze der von Russland annektierten Halbinsel erreicht hätten. Präsident Selenskyj hatte stets

betont, auch die Krim militärisch befreien zu wollen. Sybihas Aussage nun ließ sich interpretieren als Signal der Kompromissbereitschaft.

Gut möglich, dass seine Worte ein Versehen waren. Vielleicht rutschten sie ihm raus. Vielleicht fragte der Reporter sehr hartnäckig. Vielleicht waren sie aber auch bewusst gewählt. Sie könnten zum Beispiel ein kleiner Test gewesen sein, um einmal vorzufühlen, wie die ukrainische Öffentlichkeit auf ein solches Szenario reagiert.

Dazu passt, dass es Andrij Sybiha war, der sich äußerte. Er ist der stellvertretende Büroleiter Selenskyjs, also wichtig genug, dass ein Interview mit ihm ernst genommen wird. Aber nicht so wichtig, als dass man es nicht jederzeit als Verirrung oder Fehler dementieren könnte. In der Ukraine jedenfalls stießen Sybihas Sätze keine breite Diskussion an.

Womöglich richtete sich Andrij Sybiha auch gar nicht an seine Landsleute. In Kriegen ist es eine verbreitete Strategie, Personen aus der dritten oder vierten Reihe vorzuschicken, wenn man ausloten möchte, ob sich Verhandlungen lohnen würden. Die wahren Entscheider, in diesem Fall die Staatschefs Wolodymyr Selenskyj und Wladimir Putin oder ihre Außenminister Dmytro Kuleba und Sergej Lawrow, kommen – wenn überhaupt – erst zusammen, sobald es eine reale Chance auf Erfolg gibt. Ob das der Fall ist, muss vorher jemand herausfinden.

Rhetorische Testballons, wie Sybihas Äußerung einer gewesen sein könnte, sind ein Weg, um dem Feind ein Signal zu senden. Ein anderer besteht darin, bereits bestehende offizielle Kontakte zu nutzen. Im Dauergespräch sind derzeit paradoxerweise Vertreter jener beiden Institutionen, die einander bekämpfen: ukrainische und russische Militärs. Sie haben bereits Dutzende Gefangenenaustausche organisiert. Ebenso treffen sich regelmäßig Diplomaten beider Länder, um das

Getreideabkommen zu verlängern, das es der Ukraine ermöglicht, ihre Ernten über das Schwarze Meer zu exportieren – auch wenn Russland das Abkommen immer wieder infrage stellt, so wie Anfang dieser Woche. Solche Kontakte auf Arbeitsebene, bei denen eher kleinteilig-technisch miteinander gesprochen wird, können irgendwann auch für die großen politischen Fragen genutzt werden.

Und dann gibt es noch Menschen wie Wolodymyr Fesenko in Kiew und Fjodor Lukjanow in Moskau.

Beim Waldai-Forum in der russischen Hauptstadt sitzt auf der Bühne neben dem stellvertretenden Außenminister ein Mann mit Vollbart, langem Haar und Intellektuellen-Brille. Fjodor Lukjanow ist als Waldai-Forschungsdirektor und Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs* bestens vernetzt.

In einem Moskauer Café sagt Lukjanow später, er halte die Aussichten auf Verhandlungen derzeit eher für dünn. Doch dann folgt ein »Aber«: Er sehe durchaus eine Chance darin, dass die Ziele Russlands in diesem Krieg nicht klar formuliert seien. Putin hat nie genau erklärt, welche ukrainischen Gebiete er erobern will. Die ganze Ukraine? Nur die russischsprachigen Teile? Muss Kiew sein? Die russische Öffentlichkeit ist darüber im Unklaren. Dadurch, sagt Lukjanow, könne die russische Führung im Falle eines Waffenstillstands jederzeit für sich beanspruchen, genug von ihren Zielen erreicht zu haben.

Er gibt sich überzeugt davon, dass Putin zum Beispiel auf die Eroberung des Landkorridors zur Krim verweisen könnte. Die Halbinsel hat in Russland eine unglaublich hohe Bedeutung. Die Tatsache, dass sie jetzt von Russland aus zu erreichen ist, sagt Lukjanow, könne ein leicht zu verkaufender Erfolg sein, falls man auf dem Schlachtfeld nicht weiterkomme.

Wenn dieser Mann einen solchen Weg für denkbar hält, ist das wichtig. Lukjanow steht in der Gunst des Staatspräsidenten; im vergangenen Jahr ließ sich Wladimir Putin sogar auf der Waldai-Bühne von ihm befragen. Möglicherweise äußert sich Fjodor Lukjanow jetzt ganz bewusst so.

Wenn im Krieg vom Verhandeln die Rede ist, hat man sofort Staatschefs und Diplomaten im Kopf. Dabei können hier auch Wissenschaftler eine Rolle spielen, Unternehmer oder ehemals bedeutende Politiker. Nah genug dran an der Staatsspitze, aber weit genug weg, um nicht sofort als offizielle Stimme wahrgenommen zu werden. Sie können Dinge viel offener aussprechen als Amtsinhaber, können Ideen lancieren, zum Beispiel in einem Interview mit einem westlichen Medium.

Und: Sie können mit Menschen auf der anderen Seite sprechen, wenn alle offiziellen Kanäle dicht sind.

Track Two Diplomacy nennt sich das in der Fachsprache der Politologen, Diplomatie über den Nebenweg. Solche informellen Gespräche eignen sich gut für Gedankenspiele, aus denen mehr werden kann: Wie reagiert die Ukraine, wenn man ins Spiel bringt, dass sie Teile des Donbass abtreten sollte? Ob vielleicht ein Autonomiestatus denkbar wäre? Ob die Krim-Frage besser vertagt wird? Auf wen könnten sich beide Seiten als offiziellen Vermittler einigen? Angela Merkel?

Auch wenn sich keiner der Gesprächspartner der ZEIT dazu offen äußern will: Man muss davon ausgehen, dass diese Form der tastenden Diplomatie längst stattfindet. Weil alle Beteiligten – bis hinauf zu den jeweiligen Präsidenten – wissen: Beim Thema Verhandlungen geht es nicht um das Ob. Sondern um das Wie und Wann.

Leute wie Fjodor Lukjanow sind mögliche Nebenwegsdiplomaten in Russland.

Leute wie Wolodymyr Fesenko kämen in der Ukraine infrage.

Fesenko sitzt in seiner Kiewer Wohnung, im Hintergrund seiner Videokachel sieht man ein kleines Ölgemälde an der Wand. Auch er ist Forscher, einer der bekanntesten Politologen seines Landes. Auch er gilt als regierungsnah. Wolodymyr Fesenko ist bekannt dafür, dass seine Äußerungen häufig ein Schlaglicht auf die Debatten im engsten Zirkel der Macht werfen.

Fesenko sagt, er sehe zwei Szenarios. Ein optimistisches: Die Ukraine erobert ihr gesamtes Staatsgebiet zurück. Und ein schwieriges: Die Ukraine hat irgendwann genug von all dem Sterben an der Front und stimmt einer Waffenruhe zu. Keiner endgültigen Friedenslösung, aber zumindest einer Atempause. Verhandlungen aus Erschöpfung.

»Was, wenn sich der Krieg noch über Monate hinzieht, viele Opfer kostet – und sich am Frontverlauf nichts ändert?«, fragt Fesenko. »Es ist eine Sache, die Befreiung der Krim und des Donbass zu unterstützen. Aber eine andere, wenn du vor der Wahl stehst, ob dafür dein Bruder, dein Vater oder dein Sohn sterben muss.« Fesenko verweist auf die Debatten der vergangenen Wochen zu Bachmut. Einige Militärs forderten den Abzug aus der von Russland massiv attackierten Stadt. Ein wichtiges Kiewer Nachrichtenmagazin startete eine Umfrage unter Militärexperten: ob es sich noch lohne, Bachmut zu halten? Und zuletzt warnte ein bekannter politischer Kommentator auf seiner Facebook-Seite vor einem »sinnlosen Sterben« der ukrainischen Soldaten dort.

In der ukrainischen Militärführung saßen »sehr pragmatische Leute«, sagt Wolodymyr Fesenko. »In der Ukraine sind Menschenleben immerhin etwas wert.« Präsident Selenskyj sei sehr sensibel für die Stimmung in der Bevölkerung.

Noch sind da die Umfragen, in denen die allermeisten Bürgerinnen und Bürger

sich für die Rückeroberung des gesamten Landes aussprechen. Und viele Soldaten kämpfen weiter aus freien Stücken. Doch das muss nicht so bleiben. Glaubt man Wolodymyr Fesenko, dann liegt die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung den richtigen Zeitpunkt für Verhandlungen in nicht allzu ferner Zukunft erreicht sieht, etwas höher, als es derzeit den Anschein hat.

Die nächsten Monate könnten entscheidend sein. Gibt es während der anstehenden Offensive viele Tote und Verletzte und dazu noch Fehler der politischen und militärischen Führung, dann kann es sein, dass die Stimmung in der Ukraine kippt. Andererseits werden immer wieder russische Kriegsverbrechen bekannt, so wie zuletzt die mutmaßliche Hinrichtung ukrainischer Kinder. Jedes einzelne dieser Verbrechen macht es für Selenskyj politisch schwieriger, seine Bevölkerung von Gesprächen mit dem Feind zu überzeugen.

Ein weiterer wichtiger Faktor: die Panzer und die Munition, die der Westen liefert. Die Ukrainer und ihre Unterstützer hoffen, dass es durch großen militärischen Druck eher gelingt, Russland gesprächsbereit zu machen. Etwa indem man den russischen Landzugang zur Krim abschneidet.

Verhandeln – das mag für viele nach dem größtmöglichen Gegensatz zum Kämpfen klingen. Als ginge es darum, sich aus der Hölle des Tötens ins Miteinander-Reden zu flüchten. In Wahrheit hängt beides miteinander zusammen: Auf dem Schlachtfeld wird nicht einfach nur über Sieg oder Niederlage entschieden, sondern immer auch über die bessere Position am Verhandlungstisch. So gesehen ist jeder Krieg eine indirekte Verhandlung. Je mehr ich meinen Feind schwäche, desto mehr kann ich später fordern.

Das ist das Ringen gerade: Welche Seite bringt die andere zuerst an den Punkt, an dem sie keine andere Möglichkeit mehr sieht als ebendiese – sich ernsthaft

auf direkte Gespräche einzulassen?

Die Ukraine hat in diesem Ringen einen natürlichen Nachteil. Sie ist eine Demokratie. In Russland dürfen Nachrichtenmagazine und Militärexperten schon lange keine kritischen Fragen mehr stellen. Regimekritiker sind im Gefängnis oder irgendwo im Ausland, die Generale halten still, und Putin sitzt im Kreml, isoliert von widerstreitenden Meinungen, und schickt Menschen in den Tod. Ein paar Zehntausend oder sogar Hunderttausend eigene Gefallene mehr wären für Wolodymyr Selenskyj eine Katastrophe. Wladimir Putin hingegen kann es sich leisten, unsensibler zu sein gegenüber dem Leiden der russischen Soldaten. Weil er weitgehend kontrolliert, wie darüber in der Öffentlichkeit geurteilt wird.

Wenn es aber so viel schwieriger ist, ihn über das Geschehen an der Front zu Verhandlungen zu bewegen – wie geht es dann noch? Vielleicht, falls überhaupt, indem man ihn woanders trifft. Dort, wo es ihm wirklich wehtut.

Die Unterstützer der Ukraine im Westen haben seit Beginn des Krieges ein Sanktionspaket nach dem anderen verabschiedet. Die Europäische Union verhängte Handelsverbote. Sie fror Vermögenswerte der russischen Zentralbank ein. Stoppte jeglichen Flugverkehr mit Russland. Sprach ein Einfuhrverbot für russisches Öl aus und beschloss einen Preisdeckel, der zur Folge hat, dass das Öl auf den Weltmärkten deutlich unter dem früheren Wert verkauft wird. All diese Maßnahmen zielen darauf, die russische Wirtschaft zu schwächen, das Land an den Rand seiner militärischen Handlungsfähigkeit zu bringen – und auf diese Weise zu Verhandlungen zu zwingen. Haben sie etwas bewirkt?

»Nein«, sagt Natalja Subarewitsch.

Subarewitsch ist eine angesehene Wirtschaftsprofessorin an der Moskauer Staatsuniversität MGU. Sie sitzt in einem Café ein paar Schritte neben der Metro-

station »Universität«, das mächtige Hochhaus der MGU im Blick. Ja, sagt sie, die Metallproduktion sei um 10 Prozent gesunken und die Holzproduktion sogar um fast 13 Prozent. Auch die Steuerzahlungen brächen ein. In den drei Monaten von Dezember 2022 bis Februar 2023 hat der Staat ein Budgetdefizit von insgesamt 5,6 Billionen Rubel verzeichnet, umgerechnet gut 76 Milliarden Euro.

Für Russland sind solche Zahlen dramatisch, weil sich das Land kein Geld an den internationalen Finanzmärkten leihen kann. Tatsächlich sieht man in den Moskauer Straßen und Einkaufszentren viele Geschäfte schließen. Unternehmer aus der Elektrobranche und der Werbeindustrie, mit denen die ZEIT in den vergangenen Monaten sprach, verlagern ihre Geschäfte nach Kasachstan oder Usbekistan.

Hinzu kommt, dass sich der Staat kürzlich gezwungen sah, viel Geld in die Hand zu nehmen, umgerechnet 3,3 Milliarden Euro, wie Subarewitsch erzählt. Hauptsächlich habe Putin damit drei gesellschaftliche Gruppen subventioniert. Familien, arm und kinderreich. Rentner. Soldaten und ihre Angehörigen.

Diese drei Gruppen stehen im Großen und Ganzen loyal zum Krieg und wählen zuverlässig Putin. Die Renten sollen 2023 um mehr als 15 Prozent steigen, mobilisierte Soldaten erhalten pro Monat umgerechnet 2167 Euro und damit deutlich mehr als das Durchschnittskommen – und Familien von Gefallenen eine Einmalzahlung von gut 55.000 Euro. Außerdem habe Putin die Gehälter in der Rüstungsindustrie seit Kriegsbeginn verdoppeln lassen, sagt Natalja Subarewitsch.

Hier liegt Putins natürlicher Nachteil. Hier kann man ihm wehtun. Er braucht enorme Summen, um seinen Krieg zu finanzieren und sich das Wohlwollen seiner Unterstützer zu erkaufen. In einem Staat wie der Ukraine, die um ihre Existenz und ihre Würde als Demokratie kämpft, spielt die wirtschaftliche Lage der

Menschen weniger eine Rolle dafür, welche Opfer sie zu bringen bereit sind. Russland hingegen gibt im Moment so viel Geld aus, dass man sich fragt, wie lange Putin das durchhalten kann.

Man dürfe sich nicht täuschen lassen, sagt Subarewitsch.

Der Staat hat in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten einen sogenannten Nationalen Wohlfonds aufgebaut, gespeist aus den sprudelnden Öl- und Gaseinnahmen. In diesem Fonds befinden sich nach Angaben der Zentralbank aktuell etwa elf Billionen Rubel, das sind 122 Milliarden Euro, mehr als sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Und noch aus anderen Quellen kann sich die russische Regierung bedienen. Putin erlegte Gazprom höhere Steuern auf, gerade muss der Erdgaskonzern eine halbe Milliarde Euro zusätzlich an monatlichen Abgaben zahlen. Den Diamanten-Monopolisten Alrosa ließ Putin im Februar und März insgesamt gut 200 Millionen Euro mehr Gewinnsteuer entrichten. Unternehmen wie diese, die in den vergangenen Jahren teils unglaubliche Vermögen angehäuft haben, können das meist gut wegstecken.

»Die Wirtschaft war unter Putin schon lange die Dienstmagd der Geopolitik«, sagt Natalja Subarewitsch. »Jetzt ist sie zur Sklavin geworden.« Eine, die noch ziemlich kräftig arbeitet. Auch weil sie viel Hilfe bekommt.

Die russischen Exporte nach Indien sind im vergangenen Jahr auf fast das Vierfache gewachsen. Der russische Handel mit der Türkei zuletzt um 100 Prozent. Der mit Georgien und Armenien um 50 Prozent. Das Handelsvolumen mit China hat einen neuen Rekord erreicht. Im März sind laut der Internationalen Energieagentur die russischen Öllieferungen ins Ausland auf den höchsten Stand seit drei Jahren gestiegen. Nur dass das Öl nicht mehr durch Pipelines nach Europa

fließt, sondern mithilfe von Tankern auf dem Seeweg exportiert wird – vor allem nach China, Indien und in die Türkei.

Der Westen mit seinen Sanktionen kann es allein nicht schaffen. Die Frage, ob Putin wirtschaftlich so geschwächt werden sollte, dass er verhandlungsbereit wird, richtet sich an die ganze Welt. Seit Monaten ist die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock deshalb unterwegs.

In Kasachstan lobt Baerbock die dortige Regierung dafür, dass sie sich trotz der geografischen Nähe nicht auf die Seite Russlands geschlagen habe. Wenige Monate später wird klar, dass der Handel zwischen Russland und Kasachstan um ein Viertel gestiegen ist.

In Mali redet Baerbock mit der dortigen Militärregierung. Wenige Monate später muss sie bei den Vereinten Nationen in New York zusehen, wie Mali gegen eine Resolution stimmt, die den russischen Angriffskrieg verurteilt. Seine Zusammenarbeit mit russischen Söldnern hat das westafrikanische Land seither fortgesetzt.

In Neu-Delhi spricht Baerbock bei einer Pressekonferenz vom »russischen Angriffskrieg« – ihr indischer Amtskollege dagegen von der »Ukraine-Krise«. Wenige Monate später kündigt er einen Freihandelspakt mit Russland an.

In Peking kritisiert Baerbock die chinesische Regierung dafür, keinen Druck auf Russland auszuüben, den Krieg zu beenden. Zwei Tage danach beschließt der chinesische Verteidigungsminister in Moskau mit der dortigen Regierung, die militärische Kooperation der beiden Länder zu vertiefen.

Brasilien verurteilt zwar den Krieg, findet aber nicht, dass allein die Russen dafür verantwortlich sind. Südafrika empfängt den russischen Außenminister und ab-

solviert gemeinsam mit Russland Militärmanöver.

Als sich die Außenminister der G7 vergangene Woche in Japan trafen, war hinter den Kulissen Ernüchterung zu spüren. Offenbar hatte man es sich einfacher vorgestellt, Russland international zu isolieren.

Christoph Heusgen empfängt in einem Konferenzraum im fünften Stock eines Berliner Bürogebäudes. Heusgen war lange Angela Merkels wichtigster Berater für die Außen- und Sicherheitspolitik. Mittlerweile leitet der 68-Jährige die Münchner Sicherheitskonferenz, auf der einmal im Jahr Politiker, Militärs und Experten aus zahlreichen Ländern über die großen Themen der Weltpolitik debattieren. Auf der letzten Konferenz im Februar war der Krieg in der Ukraine das alles beherrschende Thema. Russische Offizielle waren diesmal nicht eingeladen. Sie sollten keine Bühne für ihre Propaganda bekommen.

Dafür sprach Heusgen mit zahlreichen wichtigen Politikern aus nichtwestlichen Ländern. Sie hätten ihm zu verstehen gegeben, dass sie ganz andere Probleme hätten als den Krieg, sagt Heusgen. »Da herrscht völlige Äquidistanz zu den Konfliktparteien Ukraine und Russland.« Er habe zu entgegnen versucht, dass es um die Verletzung internationalen Rechts gehe. Aber: »Die sehen diese Dramatik nicht und folgen letztlich dem chinesischen und russischen Narrativ, dass es hier mindestens eine Mitschuld des Westens gibt.«

Wladimir Putin hat nicht nur finanzielle Reserven, eine widerstandsfähige Wirtschaft und wertvolle Bodenschätze. Er hat auch Verbündete und Sympathisanten weltweit. Wird er in absehbarer Zeit politisch oder ökonomisch so sehr unter Druck geraten, dass er die Frage nach dem Wann mit einem »Jetzt« beantwortet? Unwahrscheinlich.

Und wenn er sich aus irgendwelchen Gründen demnächst doch an den Verhand-

lungstisch setzt? Dann wird die Frage nach dem Wie konkret. So wie im Februar 2015 in Minsk.

Damals reisten Angela Merkel und ihr französischer Kollege François Hollande in die belarussische Hauptstadt, wo sie mit Putin und Petro Poroschenko, zu jener Zeit der ukrainische Präsident, zusammentrafen. Ein Jahr zuvor hatte Russland die Krim erobert sowie Teile der ukrainischen Provinzen Donezk und Luhansk. Seither wurde dort gekämpft – es war der eigentliche Startpunkt für den Krieg. Die vier Staatschefs und ihre Mitarbeiter verhandelten im wuchtigen Minsker Palast der Unabhängigkeit, unter goldenen Lüstern und glänzenden Ornamenten. An Merkels Seite: Christoph Heusgen.

»Die Ukrainer waren gereizt und manchmal polemisch, was ich verstehen konnte, schließlich waren sie überfallen worden«, erinnert er sich. »Die Russen hingegen waren alle durch die Diplomatenschule in Moskau gegangen. Sie haben überhaupt kein Problem, mit ernster Miene den größten Blödsinn zu erzählen. Die können das Blaue vom Himmel herunterlügen, damals zum Beispiel, dass Russland am Krieg gar nicht beteiligt sei. Diplomatie und Propaganda sind da eins. Das erleben wir gerade wieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, wo sich die russischen Vertreter als Wahrer der UN-Charta darstellen – ohne dabei rot zu werden.«

Damals in Minsk rangen die Verhandler um Dinge wie den Abzug schwerer Waffen, den Zugang unabhängiger Beobachter zum Konfliktgebiet, den Status der abtrünnigen Gebiete, Wahlen und Amnestiefragen. Jeder einzelne Punkt war umstritten. Es dauerte bis sechs Uhr morgens. In der wichtigsten Phase zogen sich die Staats- und Regierungschefs mit einigen Beratern alle in ein kleines Seitenzimmer zurück. Ein belarussischer Diplomat erinnert sich heute, Putin habe mehrmals das Zimmer verlassen und sei stets nach 15 oder 30 Minuten erfrischt

zurückgekehrt. Die Gastgeber hatten ihm, anders als Merkel, Hollande und Poroschenko, ein Bett in sein eigenes Zimmer gestellt.

Am Ende gab es ein Abschlussdokument, knapp drei Seiten lang. Es sah einen Waffenstillstand vor. Beide Parteien erklärten sich bereit, ihre schweren Waffen zurückzuziehen und Mitarbeiter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als Beobachter im Konfliktgebiet arbeiten zu lassen. Glaubt man Heusgen, dann fuhren die westlichen Vermittler zufrieden aus Minsk nach Hause.

Drei Tage danach eroberten russische Soldaten den ukrainischen Ort Debaltsewe. Ihre schweren Waffen? Blieben. Die unabhängigen Beobachter? Wurden an der Arbeit gehindert; manchmal wurden auch ihre Fahrzeuge beschossen. Das Minsker Abkommen war tot, ehe es richtig lebte.

Putin hat es gebrochen, wie er fast alle Abkommen gebrochen hat, die mit der Ukraine zu tun hatten. Es wirkt, als habe ihm nie etwas an einer ernsthaften Einigung gelegen. So wie auch im Frühjahr 2022 in Istanbul. Dort verhandelten Russen und Ukrainer ganz offiziell über ein Ende des Tötens. Doch Putin hatte Leute aus der zweiten oder dritten Reihe vorgeschickt, die gar kein ausreichendes Mandat von ihm hatten, ein Abkommen zu erzielen. Einander zu vertrauen ist im Krieg immer schwierig. Bei Putin ist es aus Sicht der Ukraine und ihrer Unterstützer nahezu unmöglich geworden. »Verträge mit Putin sind das Papier nicht wert, auf dem sie niedergeschrieben sind«, sagt Christoph Heusgen.

Nur weil jemand verhandelt, heißt das nicht, dass das auch zum Erfolg führt. Nur weil jemand ein Abkommen unterzeichnet, heißt das nicht, dass Frieden kommt. Es gibt vorgeschobene Verhandlungen, um den Gegner auszutricksen. Es gibt Friedensverträge, die den Keim des nächsten Krieges in sich tragen. Putin

könnte es ähnlich machen wie damals in Minsk – er könnte einer Feuerpause zustimmen und die Zeit nutzen, um neue Kräfte zu sammeln. Vielleicht wären es diesmal nicht drei Tage; Putin könnte auch länger warten. Das ist die Befürchtung von Mychajlo Podoljak, Selenskyjs wichtigem Berater, wenn er sagt: »Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt wären so, als würden wir unser eigenes Todesurteil unterschreiben. Der Tod würde zwar nicht morgen eintreten, aber in einigen Jahren.«

Deswegen glauben Experten wie Christoph Heusgen, dass Verhandlungen nur dann Sinn ergeben, wenn die Ukraine wirksam vor Russland geschützt wird. »Mittlerweile bin ich – übrigens wie Henry Kissinger – für eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine«, sagt Heusgen. Das würde bedeuten: Alle Nato-Mitglieder müssten an der Seite der Ukraine kämpfen, sollte sie erneut angegriffen werden. Auch Deutschland.

Wenn Olaf Scholz und Joe Biden das nicht wollten, sagt Heusgen, müssten sie eben Sicherheitsgarantien für die Ukraine abgeben, die de facto auf das Gleiche hinauslaufen. »Die Nato-Staaten werden die Ukraine mit Waffensystemen ausstatten müssen von einer Quantität und Qualität, dass selbst ein Wladimir Putin oder sein Nachfolger von einem neuerlichen Angriff auf die Ukraine absehen würden. Die Nato-Staaten müssten sich auch verpflichten, diese Waffensysteme auf dem neuesten Stand zu halten. Wir hätten also im Ergebnis eine Art Abschreckung, wie wir sie im Kalten Krieg erlebt haben.«

In den kommenden Wochen und Monaten werden deutsche Leopard und andere westliche Kampfpanzer auf dem Schlachtfeld zum Einsatz kommen. Die Ukrainer werden mit ihrer Frühjahrsoffensive versuchen, die Russen in die Enge zu treiben. In Russland wird Putin wahrscheinlich Abertausende neue Soldaten mobilisieren, seit Kurzem geht das auch digital. Er wird noch mehr Waffen, un-

ter anderem Drohnen und Kurzstreckenraketen aus dem Iran, gegen die Ukraine einsetzen und die russische Wirtschaft verstärkt auf die Bedürfnisse seines Krieges umstellen.

Fast jeder dritte Krieg, das war die statistisch ermittelte Erkenntnis des Friedensforschungsinstituts in Schweden, findet kein Ende. Das sind Konflikte, die ständig den Aggregatzustand wechseln. Mal erkalten sie, oft aus Erschöpfung der Kriegsparteien. Dann flammen sie wieder auf.

Indien und Pakistan bekämpfen sich seit 1947. Meistens ist es an der Grenze ruhig, manchmal beschießen sich die Truppen mit Artillerie, manchmal fliegen sie auch Luftangriffe. Zwischendurch schließen die beiden Staaten immer wieder Abkommen, die den Konflikt beenden sollen.

Israel und der Libanon bekämpfen sich seit 1948, trotz mehrerer zwischenzeitlicher Waffenstillstandsabkommen und groß angelegter Friedensgespräche. Lange ruhige Phasen werden immer wieder unterbrochen von kurzen heißen Phasen, zuletzt 2006, als israelische Truppen in den Südlibanon einmarschierten, nachdem die Hisbollah Raketen auf Israel abgefeuert hatte. Mehr als tausend Menschen starben.

Südkorea und Nordkorea bekämpfen sich seit 1950. Nach zweijährigen Waffenstillstandsverhandlungen, den längsten der Geschichte, trat 1953 ein Abkommen in Kraft. Dennoch gibt es seither an der Grenze immer wieder Zusammenstöße, manchmal wird ein Schiff beschossen, manchmal sterben Soldaten.

Russland und die Ukraine sind jetzt seit 2014 im Krieg.

Illustration: Dennis Vernooij für DIE ZEIT Fotos: Getty Images; Reuters